

Danziger Zeitung.

Nr 18201

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhägergasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 20. März. (W. T.) In Folge des Bergarbeiterstrikes sind augenblicklich nur 400 Waggons Kohlen in London und heute nur zwei Kohlenzüge in London angekommen; man befürchtet, daß Kohlenmangel bereits Sonnabend eintreten werde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. März.

Zur Ranzlerkrisis

Schreibt uns unser Berliner Correspondent in Ergänzung seiner in unserer heutigen Morgenausgabe enthaltenen telegraphischen Mittheilungen: An die Stelle des Fragezeichens „Geht er oder geht er nicht?“ ist nunmehr die Frage des kommenden Mannes getreten. Die Andeutung, daß der Kaiser einem General namentlich deshalb den Vorzug gebe, weil derselbe bei jedem Schritt der auswärtigen Politik besser beurtheilen könne, wie weit er dabei durch die militärische Macht getragen sei, wirft ein verdächtiges Licht auf einen neuartigen Artikel der „Revue“, der dieses selbe Thema behandelte. Daß General Caprivi anfangs Bedenken getrauen hat, die Erbschaft des Reichskanzlers anzunehmen, ist zweifellos, ebenso, daß z. B. die Ernennung desselben, und zwar im wesentlichen mit den Competenzen des Reichskanzlers, feststeht. Von weiteren Aenderungen in Reichsämtern ist bis jetzt nur ein Personenwechsel im Auswärtigen Amt und im Reichsamt des Innern bekannt. Daß Graf Bismarck den Rücktritt seines Vaters nicht als Staatssecretär des Auswärtigen Amtes überleben werde, darüber war niemand in Zweifel, der über die persönlichen Beziehungen der in Betracht kommenden Personen orientiert ist. Graf Herbert wird von seiner verantwortlichen Stellung in eine Hofstadt über-treten, sei es in Paris, London oder Konstantinopel, und sich von seinen hiesigen Strapazen ausruhen können. Die einzige organische Veränderung in den Aemtern ist bis jetzt nur die Postreorganisation des Präsidiums des preussischen Staatsministeriums von dem Amt des Reichskanzlers selbst. Staatsminister v. Bütticher, der offenbar mit Rücksicht auf seine bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Socialpolitik im Reichsamt des Innern nicht mehr recht am Platze wäre, wird als preussischer Ministerpräsident be-jetzt, nachdem er bisher schon das Vice-präsidium geführt hat. Falls wirklich Graf Eulenburg, der bisherige Oberpräsident von Hessen-Nassau, das Reichsamt des Innern über-nähme, würde doch wahrscheinlich die Eröffnung des Reichstages etwas weiter hinausgeschoben werden müssen. Die Meldung der „Holländischen Zeitung“, daß Manbach dem Reichskanzler Ge-fellschaft leisten würde bei seinem Rücktritt, wird auch andererseits bestätigt mit dem Hinzu-fügen, daß Herr v. Manbach nach dem Rücktritt des Reichskanzlers sich nicht mehr im Stande fühle, gegen militärische Zu-muthungen, von denen ja in den Blättern vielfach die Rede gewesen ist, Widerstand zu leisten. Daß Minister Herrfurth bei der ersten Gelegenheit aus dem Ministerium des Innern ausgeschieden würde, stand schon seit längerer Zeit fest. Ein Nachfolger desselben wird bisher nicht genannt, wenngleich Herr v. Puttkamer gewiß gern bereit sein würde, die alten Geschäfte wieder zu übernehmen.

Im übrigen dauert die Hochfluth über die indirecten und directen Ursachen der Ranzler-krisis ungeschwächt fort. Neues ist indeß bisher kaum zu Tage gefördert; alle die Differenzpunkte, von denen die Rede ist, waren bisher schon seit längerer Zeit, um nicht zu sagen 1 1/2 Jahren, in der Presse erörtert worden. Der Unterschied war nur der, daß die Regierungspresse bisher alle derartigen Erzählungen für Erfindungen von „Reichsfeinden“ erklärte.

Bezeichnend ist es, daß die Ranzlerofficiösen sich mit größtem Eifer befleißigen, wenigstens den Grafen Herbert Bismarck zu retten. So schreibt die „Allm. Ztg.“:

Wir glauben nicht, daß der Kaiser dem Grafen Herbert Bismarck den Austritt bewilligen wird. Unter

unseren deutschen Diplomaten giebt es wenige, die der-mahen in der politischen Schule des Reichskanzlers groß geworden sind, wie gerade er. Schon als blut-junger Adlats war er der Secretär seines Vaters, hatte in den Mätern von Bismarck und Friedrichsruh (!) die reichste Gelegenheit, die Grundzüge der Politik des Reichskanzlers an der Hand der einzelnen Aktenstücke kennen zu lernen und in sich aufzunehmen. Seit fünf Jahren steht er zuerst als Unterstaatssecretär, dann als Staatssecretär (seit dem Mai 1886) mit großem Erfolge an der Spitze des Auswärtigen Amtes. Als solcher hat er auch den Kaiser als Prinzen in den Dienst dieses Amtes eingeführt. Wir glauben nicht, daß der Kaiser jetzt seine Dienste wird entziehen wollen.

Noch eindringlicher tritt die gouvemenmentale „Staaten-Correspondenz“ für den Grafen ein, indem sie das ganz besonders nahe Verhältniß desselben zum Kaiser wie folgt schildert:

Gerade der Minister Graf Bismarck ist thätigst der einzige unter den Ministern und den ein verant-wortliches Amt bekleidenden Persönlichkeiten aus der Umgebung des Kaisers, mit welchem der Souverän rückhaltlos offene Beziehungen unterhält und noch ununterbrochen fortunterhält. Dem Grafen Bismarck gegenüber pflegt Kaiser Wilhelm, wie es heißt, nach jeder Richtung hin eingehend und offen sich auszu-sprechen, und andererseits in die Allerhöchste ihm von demselben unterbreiteten Vorschläge ein unbedingtes Vertrauen zu setzen. Es wird niemandem ge-lingen, einen Gegenfall zwischen dem Kaiser und dem Minister Grafen Bismarck zu con-struiren. Vielmehr wird aller Wahrscheinlichkeit nach die augenblicklich schwebende Frage Ge-genstand bieten, jenes überaus glückliche Verhältniß des Grafen Bismarck zu unserem Kaiser aufs neue zu documentiren. In untrüglichen Kreisen wird zwar aus bestimmter Behauptung, daß Graf Bismarck, ent-gegen dem Wunsch des Kaisers, immer noch zu demissioniren beabsichtige; aber der Kaiser hat die erste Gelegenheit ergriffen, um den ungetrübten Fortbestand seiner Beziehungen zum Grafen Bismarck auch äußerlich zu manifestiren. Als gefürter Oberhofmarschall etc. v. Liebenau die Führung bei der Befichtigung der Aufstellung der von der marokkanischen Gesandtschaft dem kaiserlichen Sultan zu überbringenden Geschenke leitete, war gerade der Kaiser und der Herzog von Coburg-Gotha anwesend, als auch Graf Bismarck in seiner Eigenschaft als Staatssecretär des Auswärtigen erschien, worauf der Kaiser den Grafen sofort in ebenso herzgewinnender, als bekannter vertraulicher Weise in die Unterhaltung zog.

Trotz alledem ist, wie die vorn stehenden Aus-führungen beweisen, das Schicksal des Sohnes des Ranzlers als Minister gleichfalls offenbar be-siegelt.

Sämmtliche Zeitungen der ungarischen Haupt-stadt Pest haben die weittragende Bedeutung des Rücktritts des Reichskanzlers Fürsten Bismarck hervor und geben übereinstimmend der Ueber-zeugung Ausdruck, daß die Richtung der äußeren Politik des deutschen Reiches in keiner Weise eine Aenderung erfahren werde. Der „Pester Lloyd“ sagt: die ungarische Nation wird dem Fürsten Bismarck ungeminderte Freundschaft und ein treues Andenken für alle Zeiten bewahren.

Ueber den Eindruck, den der Rücktritt Bismarcks in den leitenden Kreisen Italiens ausübt, wird dem „B. Tagebl.“ auf Grund ganz directer Informationen“ Folgendes mitgetheilt:

So schmerzlich die Entscheidung des Ranzlers in Rom berührt, so herrscht doch hier die Ueberzeugung, ja die Gewißheit, daß die Krise, die nach den bei der Regierung eingetroffenen Nachrichten unabänderlich ist, keine internationalen Complicationen im Gefolge haben wird. Dafür bürgt Kaiser Wilhelms ganze Auffassung seiner Mission. Allerdings sage man es in Rom lieber, wenn Bismarcks Posten durch keinen Militär, sondern durch einen Staatsmann oder Parlamentarier aus-gefüllt würde. Ein Crispi sehr nahestehender Gewährs-mann wies dabei auf v. Bütticher und v. Bennigsen hin; Waldersee, an den Niemand denkt, erscheine wohl weniger geeignet. „Weshalb auch eine technische Capacität ihrem eigentlichen Berufsfelde ent-reißen?“ Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien würden natürlich unverändert bleiben, denn Crispi habe Beweise in Händen, daß der Kaiser über die Vaticanpolitik sehr ausgesprochene Ansichten habe. Vom Kaiser habe der Dalmat, wenn er mit irgendwelchen Prätexten herantreten wollte, nichts, aber auch garnichts zu erwarten — was freilich eine gerechte Rücksichtnahme des Kaisers auf seine 16 Millionen katholischer Unterthanen nicht ausschließe. Mein Gewährungsmann betonte wiederholt und nach-drücklich, daß Italien über die Gefinnung des Kaisers in diesem Punkte directe Versicherungen besitze.

Das officiöse Organ der russischen Regierung, das „Journal de St. Petersburg“, enthält sich vorläufig noch jeden Commentars über den Rück-

tritt des Fürsten Bismarck, bis die Nachricht officiell ist, weist aber auf die Dienste ohne Gleichen hin, die Fürst Bismarck seinem Vater-lande geleistet habe.

London, 20. März. (Privattelegramm.) Die „Times“ bespricht den Rücktritt des Fürsten Bismarck, sie hält Caprivi's Ernennung für interimistisch und Waldersees Nachfolge für un-zweifelhaft. (?)

„Es hat alles eine Grenze.“

Mit der Ueberschrift „Es hat alles eine Grenze“ veröffentlicht die „Nationalist. Correspondenz“ eine Auseinandersetzung, welche sich mit der Be-rathung des Cultusamts im Abgeordnetenhaus be-schäftigt und u. a. besagt:

„Schon hat auch Hr. Windthorst seinen Schulantrag wieder angeknüpft. Die geistliche Herrschaft in der Schule ist ja das wichtigste Ziel des Ultramontanismus, nachdem er auf rein kirchlichem Gebiet seine meisten Forderungen durchgesetzt hat.“

Und dann fährt das Organ der nationalliberalen Partei folgendermaßen fort:

„Wäre das preussische Abgeordnetenhaus zusammen-gekehrt, wie der Reichstag, so zweifeln wir nicht, daß Herr Windthorst mit Hilfe des gesammten Anticartells und vielleicht auch eines Theils der Rechten für alles, was er wollte, eine Mehrheit finden würde. Zum Glück ist aber das Abgeordnetenhaus besser zusammen-gekehrt, und wir haben neulich aus der Rede des Abg. Graf Eulenburg-Sirum mit Genugthuung vernommen, daß auch die conservative Partei weiteren Ansprüchen des Centrums auf kirchliche und schulpolitische Gebiet mit Entschiedenheit entgegenzutreten gedenkt.“

Gegenüber der Insinuation, daß die freisinnige Partei, wenn sie in der Majorität wäre, nicht abgenutzt sein würde, für den Windthorst'schen Schulantrag zu stimmen, kann man in der That sagen, es hat alles eine Grenze, selbst die Ver-leumdung.

Gewerbevereichte.

Auf Grund des § 120 a der Gewerbeordnung bestehen gegenwärtig bereits in einer Anzahl größerer Städte Gewerbevereichte, so in Hamburg, Breslau, Frankfurt a. M., Dresden, Greiz, Leipzig, Nürnberg, Offenbach, Stuttgart, Regnitz und Erfurt. Bei der Ausarbeitung des neuen Ge-setzes über die Gewerbevereichte hat deshalb die Frage, welche Stellung diese Gewerbevereichte nach dem eventuellen Inkrafttreten des neuen Gesetzes einnehmen sollen, einer besonderen Prü-fung bedurft. Da die Grundsätze, von welchen die gegenwärtig in Geltung befindlichen Statuten hinsichtlich der Zusammenfassung der Schieds-gerichte ausgehen, in den wesentlichsten Punkten vielfach mit den Principien des neuen Gesetzes-wurfs übereinstimmen, so hat man es schon aus diesem Grunde weder als notwendig noch als zweckmäßig angesehen, die bestehenden Schiedsgerichte mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes oder mit Ablauf einer bestimmten Frist nach diesem Zeitpunkt für aufgehoben zu er-klären und es den beteiligten Gemeinden zu über-lassen, neue Gewerbevereichte einzusetzen. Dieser Weg erschien um so weniger rathsam, als er unter Umständen zu einer Minderung des Bestan-des hinsichtlich der bestehenden gewerbevereicht-lichen Organe führen könnte. Es verdient des-halb den Vorzug und erschien auch nicht als un-durchführbar, die bestehenden Schiedsgerichte ohne weiteres zu Gewerbevereichten im Sinne des neuen Gesetzes zu erklären und sie demnach den Be-stimmungen der letzteren hinsichtlich der Zusammen-fassung und des Verfahrens zu unterwerfen. Es sind nun den „Vol. Nachr.“ zufolge Bestimmungen getroffen, welche Vorsorge dafür treffen, daß die erforderlichen Aenderungen der Statuten bis zum Ende einer entsprechenden Uebergangsfrist vor-genommen werden. Bis diese Aenderungen ge-tritten sind, soll das frühere Statut, auch so weit es mit dem neuen Gesetz nicht in Einklang steht, maßgebend bleiben. Von dem gedachten Zeit-punkte an sollen dagegen die Vorschriften des Gesetzes nicht bloß auf die später anhängig wer-denden, sondern auch auf die schon vorher an-hängig gewordenen Sachen Anwendung finden. Die Einfachheit der gewerblichen Streitigkeiten läßt diese durch die Rücksicht auf Gleichmäßigkeit der Geschäftsverlebung gebotene Vorschrift un-bedenklich erscheinen.

Die Sprache in den Reichslanden.

Während seit der Zeit Ludwigs XIV. die fran-zösische Sprache im ununterbrochenen Vordringen nach Osten begriffen war und ihre Grenze bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges bereits bis über die Mitte des jetzigen Deutsch-Lothringens hinaus vorgeschoben hatte, ist sie seit 1870 wieder im Zurückweichen, wie sich statistisch nachweisen läßt. Die im Jahre 1872 angestellten Erhebungen ergaben in Lothringen 369 rein französische, 37 sprachlich gemischte und 346 rein deutsche Ge-meinden. Sechs Jahre später schon war die Zahl der französischen Gemeinden auf 341 zurückge-gangen, diejenige der gemischt sprachlichen da-gegen auf 41 und diejenige der deutschen Ge-meinden auf 370 angewachsen. Seitdem hat sich die Lage theils durch Einwanderungen aus Alt-deutschland, namentlich in der Umgegend von Metz und einzelnen Industriebezirken, theils durch Auswanderung des einheimischen Elements noch bedeutend zu Gunsten der deutschen Sprache ge-ändert. Am 1. Januar d. Js. wurden nämlich nur noch 270 rein französische und 16 sprachlich ge-mischte Gemeinden gezählt, während die übrigen Gemeinden als deutsch angesehen werden konnten. Im Elsaß ist die deutsche Sprache noch mehr im Vordringen. Hier giebt es überhaupt nur an zwei Stellen längs der französischen Grenze fran-zösische Sprachinseln mit wenigen Gemeinden. Die Wirkungen der deutschen Schule machen sich jetzt mächtig geltend. Bereits im vorigen Jahre ergab sich, daß von dem Rekrutencontingent von 5428 nur noch 378 oder 6,9 Proc. lediglich fran-zösische Schulbildung genossen hatten, während dies früher bei 17,8 Proc. der Fall gewesen war.

Bermehrung der Wasserwege.

Die Zahl derjenigen Pläne, welche in Bezug auf die Bermehrung der Wasserwege aufgetaucht sind, ist überaus groß. Selbst wenn man von so weit-gehenden Projecten wie der Herstellung einer See-Schiffahrtsstraße nach Berlin absieht, stehen der Donau-Oder-Kanal, die Verbindung des Dort-mund-Ems-Kanals mit dem Rhein, des Rheins mit der Elbe, der Rhein-Maas-Kanal, die Annullirung der Mosel, die Vertiefung des Rheins und der Elbe, die Herstellung einer leistungsfähigen Wasser-straße zwischen Weichsel und Oder namentlich zur Erörterung. Es ist klar, bemerkten dazu die offi-ciösen „Polit. Nachr.“, daß die Ausführung aller dieser Pläne, selbst deren wirtschaftliche Zweck-mäßigkeit vorausgesetzt, die finanziellen Kräfte Preußens weit übersteigt. Erinnert man sich, wie hohe Credite zur Zeit noch für Unternehmungen der bezeichneten Art laufen, so wird man sich sagen müssen, daß sehr zwingende Gründe dafür sprechen müßten, vor deren Abwicklung Engagements ähnlicher Art einzugehen. Es kommt hinzu, daß nicht nur handelspolitische Erwägungen, wie sie z. B. in Bezug auf die Vertiefung der Elbe und die Wasserverbindung zwischen Weichsel und Oder in erheblichem Maße mitprechen, in Betracht kommen, sondern auch mehrfach ein heftiger Widerstreit der Interessen stattfindet. Wie sehr dies u. a. bezüglich der Moselkanalisierung der Fall ist, haben die jüngsten Verhandlungen des Moselparlaments gezeigt. Aber auch andere Unternehmungen dieser Art, wie z. B. die Trave der Verbindung zwischen Rhein und Elbe, sind Gegenstand des Streites widersprechender Inter-essen, und zwar sowohl privatwirtschaftlicher wie öffentlicher Interessen. So sorgsam daher auch die Regierung die Interessen des Wasser-verkehrs fördert und pflegt, so ist doch nicht zu erwarten, daß ihre Action mit den in der öffent-lichkeit erörterten Plänen Schritt hält.

Die Unabhängigkeit Bulgariens.

„Man muß damit ein Ende machen“, das ist der Titel eines Artikels, in welchem die officiöse „Bulgaria“ zur Proclamation der Unabhängigkeit Bulgariens auffordert. Da das liberale Europa sich vor der russischen Autokratie fürchtet, so bliebe den Bulgaren nichts anderes übrig, als die Selbsthilfe. Bulgarien sei von platonischen Er-klärungen überflüssig. Seit zwei Jahren ver-theidige es nicht allein seine nationale Sache, sondern auch die Interessen ganz Europas, denn wenn Bulgarien sich vor Rußland beugen sollte, so würde dies die Situation im Orient mit einem Schlage ändern. Die russischen Officiere

Stadt-Theater.

Das Gastspiel der Frau Magda Frisch ver-mittelte unserem Publikum gestern die Bekannt-schaft von Ibsens Drama: „Die nordische Heer-fahrt“. Das Stück hat mit der Richtung nichts gemein, welche Ibsen während des letzten Jahr-zehnts in seinen Dramen eingehalten hat, mit der Tendenz, die inneren Schäden der modernen Ge-sellschaft aufzudecken, um sie zu heilen. „Die nordi-sche Heerfahrt“ gehört jenem Abschnitt aus dem Leben des Dichters an, in welchem er, in un-mittelbarer Verbindung mit seiner heimischen Schaubühne, derselben zu ihrer Hebung auch heimische Stoffe zuzuführen bedacht war. „Die nordische Heerfahrt“, das reichste Product der Jugendperiode Ibsens, ist dasjenige Stück, durch welches er zuerst in seinem Vater-lande sein großes dramatisches Talent außer allem Zweifel festgestellt hat. Der Stoff der Dichtung ist der uralte Volkssage entnommen und Ibsen ist daher mit unserem Volksepos, den Nibelungen, an der Quelle zusammengetroffen. Die Vorgeschichte des Dramas, aus welcher sich die Conflicte desselben ergeben, trifft in den Grund-zügen mit der der Nibelungen zusammen. Sigurd der Starke erringt für seinen Blutsfreund

Gunnar unerkannt durch ein kühnes Heldentück die milde Hjordis, nimmt aber dann die sanfte Dagny zum Weibe. Das sind also dieselben Be-ziehungen, die wir aus den Nibelungen zwischen Sigfried und Gunther, Brünhild und Chrimhild kennen. Auch in einem Punkt stimmt noch der Vorgang hier und dort überein: gereizt durch den Hochmuth Hjordis (Brünhildens) enthüllt Dagny (Chrimhild) öffentlich, daß ihres Gatten Rühmheit die nordische Heldenjugendfrau gewonnen, und führt durch diese Enthüllung die Katastrophe herbei. In allem Uebrigen hat Ibsen selbständig — also auch völlig anders wie im deutschen Nibelungen-liebe — die Handlung gestaltet. Zunächst hat er sie, wenn er ihr auch das Kleid einer fernab liegenden Vergangenheit läßt, doch ganz von der Verbindung mit allem Mystischen, Uebernatürlichen völlig gelöst. Men-schen, die aus allgemein menschlichen Beweg-gründen handeln, sind es, die der Dichter uns vorführt; Menschen einer uralten Zeit, von gewaltiger Kraft und ungeheurer Leidenschaft, aber auch von kindlicher Einfachheit der Sitten und von schlichter Redlichkeit und Treue. Die Zeich-nung dieser Menschen ist Ibsen trefflich gelungen; es sind Menschen, ihrem äußeren Wesen nach aus einer ganz fremden Welt, aber innerlich von überzeugender Wahrheit und Natürlichkeit. Nur

selten klingt etwas entschieden modern, wie z. B. die Resignation Dagnys nach der Scene, als ihr Hjordis bösemeinend eingeflüstert, sie, die unbe-deutende Frau, könne dem großen Sinn ihres Gatten Ehre nicht genügen. Die Brünhild des Nibelungenliedes wird zum Morde Sigfrieds nur durch Rachsucht getrieben; die neuen deutschen Dichter, welche jenen Stoff dramatisirt, haben der Brünhild als Motiv noch eine starke, aber un-ermiedelte Liebe zu Sigfried hinzugefügt. Ibsen läßt nun seinem Helden Sigurd noch selbst eine Neigung zu Brünhild-Hjordis bekennen, die er zuerst aus Freundschaft für Gunnar, dann, um die Rechte seiner Gattin nicht zu kränken, gewalt-sam unterdrückt hat, was ihn auch den Vor-schlag Hjordis, mit ihr zu fliehen, ent-schieden abweisen läßt. Durch die Enttöschung dieses Moments muß nun die weitere Entwicklung der Handlung in „der nordischen Heerfahrt“ eine ganz andere werden, als sie es im Nibelungen-liebe ist. Ganz fremd dem Nibelungenstoff ist aber die ehrwürdige Gestalt des greisen Hap-lings und Schaden Dornulf, der nicht etwa nur eine Episode, sondern ein wichtiger Bestandtheil der Ibsen'schen Tragödie ist. Die Gestalt selbst und alles, womit sie in Verbindung steht, ist von großer poetischer Schönheit und von mächtiger dramatischer Wirkung. Alle vier Akte sind voll

spannender Handlung, und die schon in diesem Jugendwerke dem Dichter eigenthümliche Anapp-heit der Form steigert nicht wenig den Effect. Das Stück gehört jedenfalls zu den interessantesten Gaben, welche uns in letzter Zeit unsere Bühne geboten hat.

Die Darstellung zeigte durchweg, daß man sich der Würdigkeit der Aufgabe bewußt war. Die milde, herbe, mannweibliche Walkürenatur der Hjordis wiederzugeben, besaß Frau Frisch in ihrem energischen Temperament und in dem starken, zuweilen im männlichen Timbre klingenden Sprachorgan vorzügliche Mittel, die gestern zur vollen Wirkung kamen und wiederholt lebhaften Beifall hervorriefen. Das zarte, innige Wesen Dagnys wurde von Fr. Sammis in einem außerordentlich lebenswüthigen und anziehenden Bilde uns vorge-führt. Die beiden Helden Sigurd und Gunnar wurden von den Herren Hofmann und Stein mit vollster Kraft, natürlicher Empfindung und wohl durch-geführter Charakterisierung dargestellt. Ganz vor-trefflich gestaltete aber Herr Mathes den greisen Heerführer Dornulf; alle Schönheiten der Rolle kamen zur vollen Geltung. In kleineren Partien griffen Hr. Schindler (Thorolf) und Hr. Weidlich (Kore) verständnisvoll in die Handlung ein.

würden zurückkehren, die bulgarische Armee ruffizieren, und dann würde eine russische Armee südlich der Balkan-Barriere, an den Thoren von Adrianopel und à cheval der Eisenbahnlinie campiren, die nach dem Bosphorus führt. Der Weg nach Konstantinopel wäre für Rußland offen. Um aus dieser Sachlage herauszukommen, gebe es nur ein Mittel: die Unabhängigkeit Bulgariens. Man müsse die Sobranje zu einer außerordentlichen Session einberufen, ihr den Sachverhalt darlegen und durch sie die Unabhängigkeit proclamiren lassen. Zum Schluß zieht die „Bulgaria“ auch die Möglichkeit in Erwägung, daß die Unabhängigkeitserklärung Rußland einen Vorwand zum Kriege geben könnte. In ziemlich leichtfertiger Weise setzt sich die „Bulgaria“ über diese Gefahr mit folgenden Worten hinweg:

„Der Krieg, den man fürchtet, ist unausweichlich, er wird früher oder später ausbrechen. Es ist besser, wenn dies heute der Fall ist, da Rußland noch nicht fertig ist. Man muß damit ein Ende machen.“

Wenn dies wirklich die Meinung der Bulgaren ist, dann wäre Bulgarien nicht der Sympathien und des Interesses werth, das Europa diesem Lande bisher geschenkt hat.

Tarifreform in der Union.

Wie aus Washington vom 19. März gemeldet wird, haben die der republikanischen Partei angehörenden Mitglieder der Finanzcommission der Repräsentantenkammer den Gesetzentwurf, durch welchen die Tabaksteuer um 10 1/2 Mill. Dollars vermindert werden soll, nunmehr vollständig ausgearbeitet. Ein weiterer Entwurf, welcher noch nicht dem Plenum der Commission vorgelegt ist, schlägt eine Herabsetzung von durchschnittlich 50 Proc. für den Zuckersoll vor. Man nimmt an, daß die vorgeschlagenen Aenderungen die Einnahmen des Staates um 60 Mill. Dollars vermindern würden.

Deutschland.

Berlin, 20. März. Ueber das Erscheinen des Fürsten Bismarck beim gestrigen Frühstück der Delegirten zur internationalen Arbeiterversammlungsconferenz erfahren wir, daß der Reichshandwerker die Delegirten in herzlichster und lebenswürdigster Weise begrüßte und sein Bedauern darüber ausdrückte, daß sein Arbeitszimmer nicht Raum genug biete, sie bei sich zu empfangen. Der Fürst unterhielt sich längere Zeit mit Jules Simon und wandte sich dann an den italienischen Senator Gerolamo Boccardo. Bei letzterem erkundigte er sich nach dem Befinden Crispien und bat, diesem seinem besten Freunde die herzlichsten Grüße zu bestellen, woran der Reichshandwerker noch die Bemerkung knüpfte: „Auch in Zukunft bleiben die Wege Italiens und Deutschlands dieselben.“

* [Fürstlicher Besuch.] Nach einem Ausfluge nach der Arim und dem Kaukasus wird der Prinz von Neapel (Kronprinz von Italien) über Cernberg nach Berlin reisen und damit einer Einladung des Kaisers Wilhelm folgen.

* [Waldersee's Urlaubsreise] wird dem „Berl. Tagebl.“ zufolge mit gewissen Vorgängen in Zusammenhang gebracht, welche sich gelegentlich der Kritik der letzten Arbeiten der Generalstabs-Offiziere abgespielt haben sollen.

* [Die Commission des Abgeordnetenhauses für das Wildschadenwesen] beriet gestern Abend den § 2, welcher nach dem Antrage Conrad lautet:

„Erfassungspflichtig sind: der Jagdpächter, in Ermangelung eines solchen der Jagdberechtigte.“

Abg. Papendick (freil.) beantragte, Wildschadenverbände für die Provinzen zu bilden und als erfassungspflichtig hinzustellen. Dagegen wurde namentlich geltend gemacht, daß der einzelne Waldbesitzer sich noch mehr auf das Segen von Wild verlegen würde, wenn er nicht zum Wildschadenwesen verpflichtet würde. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Es handelte sich nun darum, wer in erster Linie für den Wildschaden haftbar zu machen sei, der Grundbesitzer, resp. die Gesamtheit der Grundbesitzer, oder der Jagdpächter. Man entschied sich für die letztere Alternative und nahm statt der vom Abg. Conrad vorgeschlagenen Fassung den § 2 schließlich nach dem Antrage Günther-Naumourg (nat.-lib.) in folgender Form an:

„Erfassungspflichtig sind in einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Jagdpächter, in Ermangelung eines solchen der Jagdberechtigte, oder wenn ein erfassungspflichtiger Jagdpächter nicht vorhanden ist, die Grundbesitzer des Jagdbezirks. Sind mehrere Jagdpächter erfassungspflichtig, so haften dieselben dem Beschädigten jeder aufs Ganze, unter sich im Mangel anderer Verabredung zu gleichen Theilen. Sind mehrere Grundbesitzer erfassungspflichtig, so haften sie dem Beschädigten nach Verhältnis ihrer bebaugten Flächen. Die Grundbesitzer werden dem Beschädigten und anderen Erfassungspflichtigen gegenüber durch die Gemeindebehörde vertreten.“

* [Verband der Berufsgenossenschaften.] Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften ist durch den Vorsitzenden Commerzienrath Kölsche zu Sitzungen auf den 24. und 25. März nach Berlin einberufen worden. Unter den Gegenständen der Tagesordnung dürfte der wichtigste sein: die Stellungnahme des Verbandes zu den in Aussicht genommenen socialpolitischen und Arbeiterschutzgesetzen. Zur Erörterung dieser Frage dürfte der Verband an erster Stelle durch die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar und die dadurch herbeigeführte Bewegung in der Arbeiterfrage veranlaßt worden sein. Dann aber hielt man es, wie verlautet, auch für angezeigt, eine Rundgebung der Gesamtindustrie herbeizuführen gegenüber der nur einseitigen Vertretung der Eisen- und Montanindustrie im Staatsrathe. Man hielt dies um so mehr für angezeigt, als die Anschauungen in den Kreisen der Industriellen vielfach andere sind, als sie von jener Seite zu Tage traten.

* [Der Centralverband deutscher Industrieller] hält am 20. März in Berlin eine Ausschußsitzung ab. Auf die Tagesordnung derselben ist außer geschäftlichen Angelegenheiten eine Besprechung über die Arbeiterverhältnisse gesetzt.

* [Emin Pascha] hat an die Redaction von „Petermanns Mittheilungen“ in Gotha Briefe gerichtet, welche sein baldiges Erscheinen in Deutschland in Aussicht stellen.

* [Anrechnung von ostafrikanischen Kriegsjahren.] In Ausführung der allerhöchsten Ordre vom 19. November v. J. betreffend die Anrechnung von Kriegsjahren ist seitens des stellvertretenden Staatssekretärs des Reichs-Marineamts bestimmt worden, daß für die militärische Action an der Ostküste Afrikas 1888/89 den Befähigten im allgemeinen das Jahr 1889 und nur für diejenigen Theilnehmer, welche schon vor Ablauf des Jahres 1888 die ostafrikanische Station verlassen haben, ausnahmsweise letzteres als

Kriegsjahr anzurechnen ist. Kommt außerdem noch für die Befähigten die Anwendung des § 50 des Militär-Pensionsgesetzes in Frage, so ist eine Doppelrechnung der Gerechtsen für 1889 nicht mehr zulässig, sofern dieses Jahr schon als Kriegsjahr zur Anrechnung gelangt. Dasselbe gilt bezüglich des Jahres 1888 in denjenigen Fällen, in welchen dasselbe ausnahmsweise als Kriegsjahr zu berücksichtigen ist.

* [Aus welchen Anzeichen sieht sich der neue Reichstag zusammen?] Nach dem kürzlich erschienenen Kalender „Der neue Reichstag“ gehören 100 der Gemäßigten dem Stande der Gutsbesitzer an; der Zahl nach folgen dann die Beamten und Lehrer, deren es 87 giebt. Auch Juristen sind eine ganze Menge vertreten, man zählt deren nicht weniger als 53. Dann kommen die Industriellen mit 41, die Kaufleute mit 30, die Geistlichen mit 24, die Schriftsteller mit 22 Vertretern. Handwerker sind nur 3 gewählt, desgleichen nur 3 Gastwirthe. Sodann haben wir 4 Ärzte, 2 Militärs, 2 Künstler und nur einen Abgeordneten, welcher sich Arbeiter nennt.

* [Versicherungspflichtigkeit obergäriger Brauereien.] In Ergänzung eines früher gefaßten Beschlusses über die Versicherungspflichtigkeit von „Bairisch-Bierbrauereien“ hat das Reichsversicherungsamt neuerdings hinsichtlich anderer, insbesondere obergäriger Brauereien, beschloffen, dieselben dann als Fabriken und deshalb als unfallversicherungspflichtig zu erachten, wenn darin entweder 1000 Hectol. Malz jährlich verfertigt oder aber bei einem jährlichen Malzverbrauch von weniger als 1000 Hectol., jedoch von mindestens 500 Hectol., jährlich wenigstens 3000 Hectoliter Bier hergestellt werden.

* [Normalzeit für den Eisenbahndienst.] Die Handelskammer von Leipzig hat sich im Gegensatz zu den bisher mitgetheilten Urtheilen wider die angeregte Einführung einer Normalzeit für den Eisenbahndienst ausgesprochen, wenigstens insoweit, als es sich um den äußeren Dienst der Bahnen handelt. Die Leipziger Handelskammer will für diesen Dienst, d. i. für den Verkehr mit dem Publikum, die Ortszeit beibehalten wissen. Für den inneren Dienst der Bahnen verweist die Kammer das Sonensystem und empfiehlt die von der 1884er internationalen Conferenz in Washington angenommene Weltzeit.

* In Friesack (Westhavelland), wo vorgestern Abend in einer sehr zahlreich besuchten und vortheilhaft verlaufenen Wählerversammlung der bisherige Abgeordnete für Westhavelland Richard für die Nachwahl den Abg. Hugo Hermes empfahl, wurde nach einer sehr anregenden Discussion ein liberaler Bürger- und Bauernverein für Friesack und Umgegend gegründet und unter Vorherrschaft des Herrn Böhm sofort constituirt. In den nächsten Wochen wird der Verein eine Versammlung berufen, in welcher über die Reform der Jagdgesetze verhandelt werden soll.

* In Hamm-Sieft, wo Schorlemer die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hatte, hat die Nachwahl wiederum zu keiner Entscheidung geführt, und es hat sich Wahl zwischen Radde (Centrum) mit 9000 und Schneider (nat.-lib.) mit 8000 Stimmen stattgefunden.

Breslau, 17. März. Der hiesige Consum-Verein, der größte in Deutschland, hat nach dem soeben veröffentlichten letzten Geschäftsbericht einen Jahresumsatz von über 7 Mill. Mk. gehabt (1 100 630 Mk. mehr als im Vorjahre). Der Reingewinn des Jahres 1890/91 beträgt rund 800 000 Mk., aus welchem die Mitglieder neben der hohen Verjüngung ihres Guthabens mit fünf Procent noch zehn Procent Dividende auf die von ihnen entnommenen Waaren erhalten.

Braunkohlgrube, 19. März. Dem „Tageblatt“ zufolge ist gestern in den Braunkohlengruben „Prinz Wilhelm“ und „Nordstach“ bei Treilowitz, durch fremde Arbeiter veranlaßt, ein Ausbruch ausgebrochen, welchem sich jedoch nicht alle einheimischen Arbeiter angeschlossen haben. Die Ruhe ist bisher nicht gestört. Der Vorfall wegen sind 20 Gendarmen hinbeordert worden.

Dresden, 19. März. Der König reist morgen Abend mit dem General v. Carlomir und dem Oberstabsarzt Dr. Jacobi zum Besuch der Königin nach Neapel.

Dresden, 19. März. Zum Nachfolger des verstorbenen Finanzministers v. Könnert wurde der Wirkliche Geheimrath v. Thümmel ernannt, dessen Vereidigung morgen erfolgt.

Leipzig, 16. März. Im Wahlkreise Leipzig-Land hatte man ebenso wie anderwärts in Sachsen gelegentlich der letzten Reichstagswahl den Versuch gemacht, die Turnvereine den Cartellparteien dienbar zu machen. Dieses Vorgehen wurde aus einem unglücklich statgehabten Gouturntage des Leipziger Schachklubs aus sehr scharf gerügt und nach längerer Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme, die folgenden Wortlaut hat:

„Die am heutigen Gouturntage versammelten Abgeordneten des Leipziger Schachklubs sprechen ihre größte Mißbilligung aus über den bei der letzten Reichstagswahl durch einen von unversessener Seite an den Leipziger Schachklub ausgetragenen Wahlaufruf gemachten Versuch, Politik in die Turnfrage und die Vereine des Gaus hineinzutragen.“

Bei der Neuwahl von 4 Turnratsmitgliedern zog man gegen den bisherigen Vorsitzenden des Turnrathes, den vormaligen Reichstagsabgeordneten Dr. med. Goeck-Lindenau sehr scharf zu Felde. Er wurde auch nur mit knapper Noth wiedergewählt, denn von gut 200 Anwesenden stimmten nur 105 für seine Wiederwahl, während der Gegner 98 Stimmen auf sich vereinigte.

München, 18. März. Am letzten Sonnabend hielt der hiesige altkatholische Kirchenrath anläßlich des Erlasses des Cultusministeriums eine Versammlung ab und beschloß, zunächst den auf den letzten Sonntag falligen Gottesdienst ausfallen zu lassen, um in keiner Weise auch nur den Schein einer Auslieferung gegen die Gesetze auf sich zu laden. Es wurde ferner eine Eingabe an das Cultusministerium gerichtet mit der Bitte um Gestattung der Vornahme der Gottesdienste und religiösen Handlungen bis zur endgültigen, rechtlichen Regelung der Frage. Die Eingabe wurde mit dem Hinweis auf die kommende Osterzeit etc. begründet. Bisher ist noch keine Rückantwort erfolgt. Wie die „Neueste Nachr.“ ferner hören, beabsichtigt ein Theil der Altkatholiken zu der in Baiern rechtlich anerkannten anglikanischen Kirche überzutreten. Nach einem Vorschlage sollen sämtliche altkatholische Gemeinden Baierns an einem Tage ihre Zugehörigkeit zur englischen Kirche erklären. Heute Abend, sowie morgen finden abermals Versammlungen statt, in welchen über die weiteren Schritte Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Am 21. März. Danzig, 20. März. M.-B. Tage. S. 64. U. 6. 12.

Wetterausichten für Freitag, 21. März. Veränderlich; Temperatur abnehmend. Nebel an den Küsten. Im Süden Niederschläge. Später aufhellende Winde.

Für Sonnabend, 22. März: Bedeckt, trübe, vielfach neblig; Niederschläge. Raum veränderte Wärmelage; heftige Winde in den Küstengebieten.

Für Sonntag, 23. März: Veränderlich, wollig, zum Theil bedeckt. Niederschläge; schwache bis mäßige kalte Winde. Kalte Nacht.

Für Montag, 24. März: Theils heiter, theils neblig; veränderlich wollig, zum Theil bedeckt, übrigens trocken. Wärmelage wenig verändert.

Für Dienstag, 25. März: Wollig, vielfach aufhellend; heiter. Nebel oder Dunst, sonst trocken. Wenig veränderte Temperatur. Schwache bis mäßige Luftbewegung. Nachtfrost in Süd und Ost.

Für Mittwoch, 26. März: Theils bedeckt, Nebel; vielfach aufhellend. Etwas wärmer, aufhellende Winde. Nachtfrost in Süd und Ost.

* [Gäcular-Fest.] Heute Abend begeht die hiesige kaufmännische Ressource „Concordia zu den drei Ringen“ durch eine größere Festlichkeit ihr 100jähriges Bestehen. Ihre Geburtsstätte ist, wie wir einer von dieser Feier herausgegebenen Festschrift entnehmen, das jetzige Hotel de Berlin gewesen. Es befand sich im vorigen Jahrhundert auf diesem Grundstücke ein Kaffeehaus, in welchem angefehene Bürger Danzigs verkehrten. Einige regelmäßige Besucher desselben faßten 1790 den Entschluß, dort eine Ressource zu begründen. Die deshalb von 12 Personen erlassene Einladung fand freundliche Aufnahme und nun wurde am 20. März 1790 die Stiftung der Ressource vollzogen, welche am 26. Oktober 1796 den jetzigen Namen und am 28. Juni 1797 die Corporationsrechte erhielt. Die neue Gesellschaft, welche unter den Kriegsjahren ihrer Jünglingsjahre oft recht bewegte Tage durchzumachte, ihr Bestehen für Casaretheum u. s. w. einzuräumen hatte, repräsentirte von ihrem Entstehen an vorzugsweise die merkantilen und höheren gewerblichen Interessen und ist bis auf den heutigen Tag der gesellschaftliche Hauptvereinigungspunkt für dieselben geblieben. Den Kern ihrer Mitgliedschaft, die sich schon zu Anfang dieses Jahrhunderts auf über 300 belief, bildete stets die Kaufmannschaft. Gegenwärtig zählt die Ressource 165 Mitglieder mit Eigenthumsrechten und 48 ohne solche. Bis zum Jahre 1796 verblieb die Gesellschaft in dem Lokale, wo sie entstanden war, dann wurde das jetzige Haus am Langenmarkt für 13 000 Thlr. von ihr angekauft und ausgebaut, 1854 und 1866 die in der Hundegasse und Verhördischen Gasse belegenen Nachbargrundstücke hinzugekauft. Neben der Pflege der Geselligkeit und der kaufmännischen Interessen hat die Ressource auch der Wohlthätigkeit schon früh ihre Fürsorge zugewandt und durch Stiftungen für dieselbe gewirkt. Die Armenkasse besaß schon 1840 ein Capital von 5100 Thalern, dessen Zinsen in verschiedenen Spenden an Bedürftige vertheilt wurden. Am Schluß des Jahres 1888 belief sich dieser Fonds auf 29 012 Mk. und es konnten 1352 Mk. in 19 einzelnen Spenden vertheilt werden.

* [Herstellung gesunder Arbeiterwohnungen.] In dem Hause des Herrn Geh. Commerzienrath Gihlone trat gestern unter dem Vorherrsche des Herrn Prediger Hebelke ein Comité zusammen, welches sich die Aufgabe gestellt hat, die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen in unserer Stadt zu verbessern. Es waren erschienen außer den Vorgenannten die Herren Kaufmann Münsterberg, Garnisonbauinspector Stegmüller, Stadtrath Trampe, Rechtsanwalt Weh. Zwei andere Herren, Kaufmann E. Herenz und Fajans, waren zu erscheinen verhindert. Es wurde beschloffen, zunächst einige Häuser in der Stadt zu kaufen und entsprechend herzurichten. Die Anwesenden erklärten sich bereit, Angebote von Hausbesitzern entgegenzunehmen. Man will den Arbeitern mit den Wohnungen kein Geschenk machen, sondern sie in den Stand setzen, in gesunden und preiswerthen Wohnungen und geordneten Familienverhältnissen zu leben. Man rechnet dabei insofern auf die Opferwilligkeit der Bevölkerung, als man von ihr Geld gegen mäßige Zinsen zu borgen hofft.

* [Nogat-Bereitigung] Die schon gemeldete Bereitigung der unteren Nogat zur Befähigung der dortigen Strom- und Elbgangs-Verhältnisse durch den Geh. Ober-Regierungsrath Dannemann vom Landwirthschaftsministerium, den Geh. Bau- und Wasserbau-Departement, den Reg. Regierungspräsidenten v. Heppel, Strombaudirector Roslowski und mehrere Mitglieder der königl. Regierung und der Strombaudirection hat gestern ihr Ende erreicht. Vorgestern hielt sich die Commission an der Nogatmündung auf und beobachtete daselbst die schwierige Eisabfuhrung in das Haff.

* [Von der Weichsel.] Eine telegraphische Meldung aus Warschau von heute Mittags 1 Uhr lautet: Wasserstand 2.67 Meter, weiter fallend. — Die Schiffsahrt ist nunmehr auch auf der oberen Weichsel eröffnet. Der Strom ist überall eisfrei.

* [Abschieds-Oration.] Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vereinigten sich gestern Abend fast vollständig in dem Balkonsaale des Schützenhauses zu einem Festmahle, das von ihnen zu Ehren des von hier scheidenden Herrn Stadtrath Büchtemann veranstaltet war. In herzlichsten Worten gab der jetzige Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Herr Damm dem Bedauern der städtischen Behörden Ausdruck, ein so bewährtes Mitglied von hier scheiden zu sehen zu müssen. Die Energie und Umsicht seiner Amtsführung, wie sein graver, bürgerfreundlicher Charakter hätten ihm stets allseitige wohlverdiente Anerkennung errungen. Aber auch da in beruhe mit das Geheimniß seiner Erfolge, daß er jede Arbeit prompt erledigt, niemals Reste gehabt habe, und daß er die an ihn herantretenden amtlichen Aufgaben nicht vom einseitigen Standpunkt des Bureaukraten aufgefaßt, sie unter weiteren Gesichtspunkten behandelt und ihnen auch ein wissenschaftliches Interesse abgewonnen habe, wie die schätzenswerthen wissenschaftlichen Arbeiten seiner Aufseherstunden über die Finanzen Danzigs und die Geschichte des Danziger Grundbesitzers bewiesen. Ferner weist nicht daran, daß Hr. Büchtemann auch in dem neuen Wirkungskreise als Bürgermeister in Charlottenburg bald ebenso heimisch sein werde, wie hier. Mit einem Hoch auf den Scheidenden als Zeichen des Dankes der Versammelten für die unserer Commune geleisteten Dienste schloß der Redner. Herr Bürgermeister Hagemann dankte darauf unter Hinweis auf das glückliche Familienleben des Herrn Büchtemann auf dessen Ge-

malhin. Herr Büchtemann sprach darauf seinen lebhaften Dank aus für das Vertrauen und die freundlichen Gesinnungen, welche ihm hier seine Amtsführung so wesentlich erleichtert und die Früchte seiner Bemühungen gezeitigt hätten. Dem Heil und Gedeihen der guten alten Stadt Danzig widme er begeistert seinen Abschiedstrunk. Hr. Schlers wünschte, daß der harmonische Verkehr zwischen den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, wie er sich bei diesem Feste wieder kundgebe, als eine dauernde Erinnerung an den scheidenden Kollegen weiter gepflegt werde. Niemand werde darüber mehr erfreut sein, als der leider in weiter Ferne weilende Chef der städtischen Verwaltung Hr. v. Winter. Seiner auch bei dieser Gelegenheit zu gedenken, fühle sich jeder Anwesende innig gedrungen. Unter lebhafter Zustimmung trank die Versammlung auf die Gesundheit und glückliche Heimkehr des Herrn Oberbürgermeisters. Mit einer die Lauch lebhaft anregenden Schilderung des Herrn Stadtrath Samter von der durch ihn und den verstorbenen Kollegen Strauß f. 3. bei Herrn Büchtemann angeregten Erziehungsmethode zur vollen Würdigung der einem Magistratsmitgliede obliegenden Sorgen für das Gedeihen der Stadt schloß die Reihe der Trinksprüche, worauf man noch kurze Zeit in fröhlicher Geselligkeit vereinigt blieb.

* [Städtisches Gymnasium.] Von dem Cultusministerium ist genehmigt worden, daß an dem hiesigen städtischen Gymnasium zum 1. April d. J. eine neue Oberlehrerstelle geschaffen und dieselbe dem bisherigen ordentlichen Lehrer an dieser Anstalt Herrn Dr. Dahn, unter Beförderung zum Oberlehrer, verliehen werde.

* [Aufnahmännischer Verein von 1870.] Im Kaiserhofe hielt gestern Herr Rabbiner Dr. Werner einen Vortrag über „die Weltanschauung unserer Dichterschriften“. Als solche hätte das deutsche Volk Goethe, Goethe und Schiller b. bezeichnet. Er müsse es sich heute versagen, um den Rahmen seines Vortrages nicht zu überschreiten, auf Goethe näher einzugehen, und sich darauf beschränken, die Weltanschauung Goethes und Schillers zu skizziren. Beide hätten das gemeinam, daß sie mit dem wachsenden Alter ihre Ansichten geändert und vertieft hätten. Goethe, ursprünglich auf gläubigem Boden stehend, habe später angefangen zu zweifeln, sei im weiteren Verlaufe seiner Entwicklung ein Anhänger Spinozas geworden und habe am Schluß seines Lebens vieles von Leibniz angenommen. Auch Schiller habe anfangs zwischen verschiedenen Systemen geschwankt, bis er endlich einer modern-hellenistischen Anschauung sich zugewandt habe. In seinen reifen Mannesjahren habe er Kant kennen gelernt und sei bis auf einige Abweichungen ein Anhänger des großen Königsberger Philosophen geworden. — Die Ausführungen des Vortragenden fanden den lebhaftesten Beifall der zahlreichen Zuhörer.

* [Curtis Oper „Hertha“] ist neuerdings unter der Composition Direction in Altenburg in Anwesenheit des Herzogs und seines Hofes in Scene gegangen und hat wie in den früheren zwei Jahren vielen Beifall errungen. Wie wir hören, wird Hr. Rochelle als Gast in der diesjährigen Aufführung der „Hertha“ im Stadttheater zu Danzig die Manna singen, und Herr Curti diesmal hier seine Oper selbst dirigiren.

Gibing, 19. März. In der Neufeldischen Fabrik (Actien-Gesellschaft) haben seit heute früh die Aktenpneumose, 110 Mann, die Arbeit niedergelegt, während die Carthier, Puher, Arbeiter und Arbeiterinnen der Blechwarenfabrik wie des Emaillewerkes noch in Thätigkeit sind. Die Streikenden fordern nach der „Gib. Ztg.“ eine Erhöhung der Accordpreise um 25 Proc.

* [Berichtigung.] In der Besprechung des Städtischen Niederabends in Nr. 18 195 b. Ztg. vom 17. März (Feuilleton) war gesagt worden, daß „Hr. Schachow einen Theil ihrer Ausbildung Hrn. Stibach verdankt“. Hr. Stibach schreibt uns: „Thatsache ist, daß Hr. Schachow ihre vollständige Ausbildung nur meiner Frau und mir zu verdanken hat und nie einen anderen Lehrer gehabt hat. Hr. Schachow war zuerst in den Klassen meiner Frau im Dresdener Conservatorium, kam dann zu mir und wurde von uns direct an das Dresdener Hoftheater, hierauf in Berlin bei Aroll engagirt und kam dann nach Danzig.“

* [Lebende Bilder aus Afrika.] Auch der gestrige dritte Abend der Vorstellungen zeigte in dem Besuch, wie in der Stimmung des Publikums keine Verminderung des Interesses. Aus den zwölf Bildern, welche an den beiden vorhergehenden Abenden gezeigt, hatte man sieben, als am meisten ansprechend ausgewählt, die denn auch wieder lebhaftesten Beifall fanden. Die musikalische Begleitung der Bilder wurde von der Kapelle des Grenadier-Regiments Friedrich I. unter Leitung des Herrn Theil ausgeführt. Die Bilder-Vorträge in den Pausen waren diesmal besonders reichlich geboten von den Damen Brandstätter und v. Weber und den Herren Dilling und Tihau und wurden sehr beifällig aufgenommen. Die Begleitung am Klavier hatte, wie an den früheren Abenden, Hr. Helbing übernommen.

[Polizeibericht vom 20. März.] Verhaftet: 1 Arbeiter, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 8 Obdachlose. — Geflohen: 1 Falsche Rothwein, 4 Pfund Eisbein. — Gefunden: 1 Bund Schlüssel, am Divertor drei russische Rubelstücke, 1 Schlüssel, 1 Portemonnaie mit Inhalt, in dem Geschäft des Kaufmann Moritz Bergholtz, Langgasse 73, sind vor ca. 3 Wochen mehrere Gegenstände liegen geblieben; abgehoben von der Polizei-Direction. — Verloren: Auf dem Wege zwischen Langfuhr und halbe Allee ein Hundehalsband, eine Brosche, ein Goldtopas mit goldener Fassung; abzugeben auf der Polizei-Direction.

* Der Gymnasiallehrer Dr. Büttcher in Graudenz ist zum Oberlehrer ernannt und dem Domherrn Pohj zu Frauenburg zur Anlegung des päpstlichen Kreuzes „Pro Ecclesia et Pontifice“ die diesseitige staatliche Genehmigung erteilt worden.

Schubin, 18. März. In dem ca. 4 Kilometer von hier belegenen Dorfe Piardowo brach am Montag Abend in mehreren Scheunen zugleich Feuer aus, welches bei dem herrschenden Sturm mit rasender Schnelligkeit um sich griff; in kurzer Zeit bildete das ganze Dorf ein Flammenmeer. Nur der Arug und zwei Gehöfte blieben vom Feuer verschont. Die übrigen 22 Gehöfte bilden einen rauchenden Trümmerhaufen und 75 Personen sind obdachlos. Leider sind zwei Menschenleben zu beklagen. Das Einwohner-Verzeichniß Ehepaar versuchte aus dem brennenden Gebäude noch ein Spind zu retten; plötzlich stürzte das Dach zusammen und begrub sie beide. Der Jammern der hinterbliebenen Kinder war herzerweichend.

Bermische Nachrichten.

* Berlin, 18. März. Der Kronprinz und Prinz Citel Friedrich, die beiden ältesten Söhne des Kaisers, haben schon seit längerer Zeit Pomes, die von der Firma Gebrüder Schröder hieselbst geliefert worden sind. Der Poms des Kronprinzen ist eine braune Stute, während Prinz Citel Friedrich einen braunen Wallach besitzt. Als der Ponomograph Csilons der kaiserlichen Familie vorgeführt wurde, drückte, wie damals bekannt wurde, Prinz Albrecht, der britischste Sohn des Kaiserpaars, in den Apparat hinein den Wunsch aus, ebenfalls einen Poms zu besitzen. In Folge dessen wurden vor kurzer Zeit die Herren Schröder beauftragt, ein britisches Pferd zu beschaffen. Dasselbe, ein Muskat-Schimmel, ist ebenso wie seine Stallgenossen von außerordentlicher Formenschnelligkeit. Pomes haben sonst wohl schlechte Angewohnheiten, sie sind lüchlich und vertragen sich schlecht mit anderen Pferden. Die Pomes der kaiserlichen Prinzen indessen sind besonders fromme Thiere. Die Prinzen haben Reitunterricht in der hinteren Reithalle des königl. Marstalls in der Breiten Straße. Dort wohnt auch die Kaiserin oft den Reitübungen ihrer Söhne, entweder in einer Loge stehend, oder ebenfalls zu Fuß, bei. Oft giebt auch der Kaiser besondere Anweisungen, wie auch der Unterrichtsplan von ihm entworfen ist. Ohne Bügel und Bügel, vom Schmeißer aber beständig im Auge gehalten, der den Poms an der Leine führt, reitet der Kronprinz alle Gangarten, Schritt, Trab und Galopp
